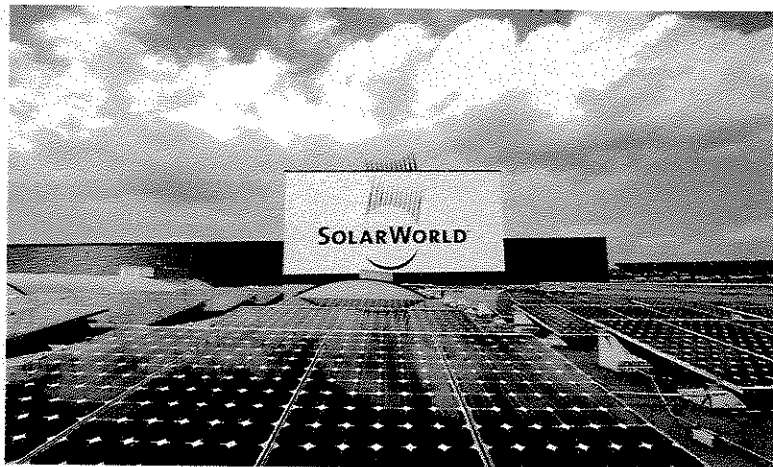


SPENDEN

Brüder, zur Sonne ...

Den Wahlkampf von SPD-Mann Ulrich Kelber finanzieren Firmen, die von seiner Politik profitieren



Seinem Beruf als Volksvertreter geht Ulrich Kelber so nach, wie sich das viele Wähler wünschen: Auf seiner Internet-Seite gibt sich der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion als „gläserner Abgeordneter“. Seine Steuererklärungen, die staatlichen Mittel fürs Büro und selbst Treffen mit Lobbyisten veröffentlicht der Sozialdemokrat im Netz.

Ganz unten auf der Seite wartet Kelber mit einem freiwilligen Bekenntnis auf: „Die Bonner SPD hat in den Jahren 2007, 2008 und 2009 jeweils eine Spende in Höhe von 25 000 Euro mit der Zweckbindung ‚Bundestagswahlkampf Uli Kelber 2009‘ von der Bonner Firma Solarworld erhalten.“ Mit Firmenchef Frank Asbeck ist Kelber nach eigenen Angaben seit 15 Jahren gut befreundet. Gespendet haben auch First Solar und der Fachverband Kartonverpackungen. Insgesamt kann Direktkandidat Kelber damit 100 000 Euro zusätzlich in seinen Wahlkampf stecken. Das ist völlig legal.

Brisant werden die Spenden allerdings in Verbindung mit Kelbers politischer Tätigkeit: Der Diplom-Informatiker ist der Unterhändler der SPD-Fraktion beim Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das die große Koalition Mitte 2008 überarbeitet hat – mit überraschendem Ergebnis. Die Besitzer von Solarstrom-Anlagen erhalten 43 Cent für jede Kilowattstunde, die sie ins Netz einspeisen. Das ist mehr als das Doppelte des herkömmlichen Strompreises. Und: Die Solarstromvergütung garantiert der Staat 20 Jahre lang.

Nirgendwo auf der Welt müssen Verbraucher für Solarstrom so viel zahlen wie in Deutschland – auch dank Ulrich Kelber. Denn der SPD-Mann hatte sich im vergangenen Jahr hartnäckig gegen einhellige Forderungen aus anderen Parteien, der Wirtschaft und von Verbraucherschützern gesperrt, die gesetzlich festgesetzte Vergütung um 30 Prozent zu kürzen. CDU-Energieexperte Joachim Pfeiffer erinnert sich an den erbitterten Poker um die Fördersätze. SPD-Verhandlungsführer Kelber habe damals „wider besseren Wissens alle Kürzungen

abgelehnt, trotz prognostizierter Kostenlawine für den Verbraucher und zuletzt mit Verhandlungsabbruch gedroht“. Kelber selbst weist das zurück. „Die Preisentwicklung 2009 war damals nicht absehbar“, betont er auf Anfrage. Außerdem sei die Kürzung höher ausgefallen, als im Regierungsentwurf geplant.

Wenig Energie für viel Geld: Nicht einmal ein Prozent der Stromerzeugung macht die Sonnenenergie aus – dafür mussten Verbraucher allein im vergangenen Jahr 2,2 Milliarden Euro zahlen, umgelegt auf ihre Stromrechnung. Das sind 49 Euro pro Kunde. „Für die bis zum Jahr 2013 installierten Solaranlagen werden die Stromabnehmer nach Schätzungen 77 Milliarden Euro an Einspeisevergütung während der 20-jährigen Förderzeit zu zahlen haben“, klagt der Bundesverband der Verbraucherzentralen in einem Brandbrief an Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) und seinen Wirtschaftskollegen Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU).

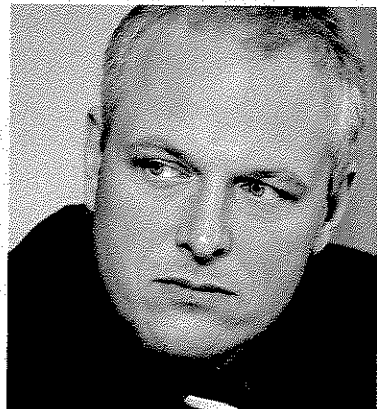
Ein Bombengeschäft für Kelbers Spenden-Spezi Asbeck. Die Aktien seiner Solarworld stiegen im Juni 2008 nach der Entscheidung der großen Koalition, die Förderung für Solarstrom nur minimal zu kürzen, um 13 Prozent. Allein Asbecks Vermögen erhöhte sich damit in wenigen Tagen um 111 Millionen Euro.

Die Zeche zahlen die Verbraucher: Sie koste die Kilowattstunde aus Sonnenenergie sechsmal so viel wie der durchschnittliche Börsenpreis für Strom, rechnet die Verbraucherzentrale vor. „Es ist deshalb dringend geboten, bereits für das Jahr 2010 die Einspeisevergütung für neue Solaranlagen um 30 Prozent zu reduzieren.“ Das, erklärt ihr Energieexperte Holger Krawinkel, komme auch dem Ausbau der Sonnenenergie zugute. Bisher hält die gepöppelte deutsche Solarbranche die Anlagenpreise hoch. Weniger Subvention, so Krawinkel, bringe die Branche „schneller in einen echten, weltweiten Wettbewerbsmarkt. Die Kürzung schadet der Sache nicht, sie nutzt ihr.“ ■

ANNETTE BEUTLER/FRANK THEWES

BOOM-FIRMA

Solarworld profitiert von den üppigen staatlichen Fördersätzen und floriert. Inzwischen hat die Bonner Firma rund 2000 Mitarbeiter



BOOM-UNTERSTÜTZER

SPD-Vize-Fraktionschef Kelber findet Wahlkampfhilfe von begünstigten Unternehmen nicht anstößig, schließlich mache er sie öffentlich